CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE, SPD/BVB-Fraktion, FDP-Fraktion, Fraktion Bauern-Ländlicher Raum, Fraktion Grüne/RdUM

Einreicher:

Antrag

öffentliche Sitzung

Beratungsfolge	Datum	Stimmenverhältnis				Lt. Beschlussvorschlag	Abweichender Beschluss (s. beiliegendes Formblatt)
		Ja	Nein	Stimmenenthaltung	Ein-stimmig		
Ausschuss für Regionalentwicklung	15.05.2017						
Ausschuss für Finanzen Rechnungsprüfung	23.05.2017						
Kreisausschuss	30.05.2017						
Kreistag Uckermark	14.06.2017						

Inhalt:

Stärkung des Ehrenamtes im Brand- und Katastrophenschutz

Beschlussvorschlag:

Zur Unterstützung und Würdigung des besonderen Engagements in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Brand- und Katastrophenschutzes und der Anerkennung der geleisteten Arbeit beschließt der Kreistag,

1. die Landesregierung aufzufordern, in Abstimmung mit den Trägern des Brandschutzes eine Feuerwehrrente einzuführen.
2. die Landesregierung aufzufordern, sich auf Bundesebene für die steuerliche Entlastung der Mitglieder von Feuerwehren und Hilfsorganisationen einzusetzen.
3. die Landesregierung aufzufordern, sich auf Bundesebene für die steuerliche Entlastung der Arbeitgeber, bei denen Mitglieder von Feuerwehren und Hilfsorganisationen des Brand- und Katastrophenschutzes beschäftigt sind, einzusetzen.

Begründung:

Dem mehrfach geäußerten Grundgedanken der CDU-Fraktion im Kreistag Uckermark folgend, soll das besondere Engagement der Mitglieder der Feuerwehren und Hilfsorganisationen auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes, die oftmals unter Zurückstellung ihrer eigenen Belange eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe ehrenamtlich übernehmen, durch eine entsprechende zusätzliche Altersversorgung im Rentenalter gewürdigt werden.

Aber auch in der aktiven Zeit soll durch steuerliche Vergünstigungen, etwa bei der Bemess-

sung der Einkommenssteuer, eine entsprechende Anerkennung gesellschaftlich erfolgen.

Nicht zuletzt sollen auch diejenigen Arbeitgeber, die die Mitglieder der Feuerwehren und Hilfsorganisationen im Brand- und Katastrophenschutz in ihren Unternehmen beschäftigen und durch Einsatzgeschehen Einschränkungen in ihren betrieblichen Abläufen erfahren, eine steuerliche Entlastung und somit eine gesellschaftliche Anerkennung erfahren.

gez. G. Rohne
gez. F. Bretsch
gez. G. Regler
gez. i. V. Dr. Gerlach
gez. i. V. B. Bader
gez. i. V. A. Rensch

Unterschrift

26.04.2017

Datum